

Zentrum für Europäische Integrationsforschung  
Center for European Integration Studies  
Rheinische Friedrich Wilhelms-Universität Bonn



Gert Maichel .....

## **Perspektiven für Mittel- und Osteuropa**

Warum engagieren sich deutsche  
Unternehmen dort?

**Discussion  
Paper**

C 70  
2000

Dr. Gert Maichel, geboren 1949, ist seit 1999 Vorsitzender des Vorstands der VEW Aktiengesellschaft in Dortmund.

Nach dem Studium der Agrarökonomie und der Rechtswissenschaften war er von 1977-1979 als wissenschaftlicher Mitarbeiter in der juristischen Fakultät der Universität Göttingen tätig und durchlief ein Rechtsreferendariat am Oberlandesgericht Lüneburg. Nach der Promotion war er von 1981-1993 in den Zentralen Rechtsabteilungen der BASF, Mobil Oil und der Wintershall beschäftigt. Bei letzterer wurde er ab 1990 zum Generalbevollmächtigten und Bereichsleiter Erdgas ernannt. Im Anschluß daran ging er 1993 als Sprecher der Geschäftsführung der Wingas nach Kassel und wechselte 1998 zur BASF, bei der er zum Abteilungsdirektor und Geschäftsleiter aufstieg.

Dokumentation eines „ZEI-Europaforums“  
am 17. Januar 2000

*Gert Maichel*

## **Perspektiven für Mittel- und Osteuropa**

Warum engagieren sich deutsche Unternehmen dort?

Wie begeistert waren viele Deutsche vor nunmehr gut 10 Jahren, als die Ungarn Zehntausenden von DDR-Flüchtlingen die Ausreise ermöglichten, die Prager Botschaftsflüchtlinge eine freie Bahnfahrt nach Westdeutschland erhielten und schließlich am 9. November die Berliner Mauer fiel. Wie haben wir in der zweiten Jahreshälfte 1989 ständig vor dem Fernseher neuen aufregenden Nachrichten entgegen gefiebert? Und als dann in den wenigen Monaten und Jahren danach die Wiedervereinigung kam und die kommunistischen Regime in ganz Europa wie ein Kartenhaus in sich zusammenfielen, sprachen ganz große Illusionisten sogar schon vom Ende der Geschichte.

Nun, wer Geschichte wirklich gelernt hatte, der konnte einem solchen Glauben nicht verfallen. In der Tat, es zeigte sich in den letzten Jahren, daß uns überall die Geschichte wieder einholt. Wir Deutschen brauchen da gar nicht so weit auszuholen, wenn ich nur an die schwierigen, fast 55 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs abgeschlossenen Verhandlungen über Entschädigungszahlungen an die NS-Zwangsarbeiter erinnere. Aber besonders gilt dies für die östlichen Teile Europas, wo der Kommunismus jahrzehntelang die nationalen Unterschiede mehr oder weniger brutal unterdrückt hatte, so daß sich bei den kleinsten Ansätzen von Freiheit in Südosteuropa die nationalen Spannungen nur um so heftiger entluden. So kommt es, daß wir bei aller immer noch vorhandenen Begeisterung über den Sieg der Freiheit in ganz Europa eine sehr nüchterne Bilanz für die mittel- und osteuropäische Region zu ziehen haben.

Sicher, wer heute durch Ungarn, Polen, Tschechien, Slowenien und Kroatien fährt, dem fallen die materiellen Verbesserungen geradezu ins Auge. Die in den letzten Jahren wieder angeknüpften politischen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Beziehungen sowie die vielen menschlichen Kontakte können uns alle zuversichtlich für Europa stimmen. Die Aufnahme von Polen, Ungarn und Tschechien in die NATO, die Aufnahme der meisten europäischen Länder in den Europarat und die avisierte Aufnahme in die EU sind ein sichtbares Zeichen dafür.

Andererseits dürfen wir nicht vergessen, daß die aufgebrochenen Konflikte auf dem Gebiet des früheren Jugoslawien beinahe zwei Millionen Menschen zu Vertriebenen und Heimatlosen gemacht haben. Wieviel Tausende sind umgebracht, geschändet, erniedrigt und verfolgt worden in Bosnien und im Kosovo? Die politischen Umwälzungen des letzten Jahrzehnts haben dort eine so unbeschreibliche Not hervorgebracht, daß es uns alle Mühe kostet, sie zu beschreiben. Selbst die Menschen in den materiell am weitesten gelangten und politisch stabilsten mitteleuropäischen Reformstaaten haben jetzt schon zehn Jahre entbehrungsvoller Anpassungsmaßnahmen an die Marktwirtschaft hinter sich. Die Menschen östlich des einstigen Eisernen Vorhangs ähneln, wie der Bürgermeister von Lemberg einmal sagte, bei ihrem Übergang vom Kommunismus zur Marktwirtschaft den Israeliten des Alten Testaments:

„Nicht mehr in der Sklaverei Ägyptens und noch lange nicht im Gelobten Land, sondern auf dem Weg durch die Wüste.“<sup>1</sup>

Nüchtern betrachtet, ist wohl jede höhere Erwartung als Illusion zu kennzeichnen. Treffend sagt dazu der rumänische Politologe Tismaneanu: „Historisch gesehen wird nach jedem gesellschaftlichen Umbruch die Anfangseuphorie und die Freude abgelöst von Unbehagen, Mutlosigkeit und dem Gefühl, verraten worden zu sein.“

Wir als deutsche Unternehmen haben nach dem Mauerfall und nach dem Ende des Kommunismus in Europa auch eine Verpflichtung gegenüber den

1 Stephan Baier: "Osterweiterung. Europas größte Herausforderung", Graz 1998.

Völkern Mittel- und Osteuropas. Es handelt es sich um eine moralische, historische Verpflichtung, die wir im freien, westlichen, reichen Teil Europas gegenüber unseren Nachbarvölkern empfinden sollten. Hören wir auf Visionäre wie den tschechischen Präsidenten Vaclav Havel, die uns im Westen völlig zu Recht mahnen, ihre Völker nicht im kalten Regen stehen zu lassen. Wenn wir hier und jetzt versagen, wenn unsere Nachbarn im Osten das Vertrauen in uns Westeuropäer verlieren, dann könnte eine enttäuschte, hungrige Wählerschaft die westlich eingestellten Regierungen hinwegfegen und links-autoritäre, nationalistische Regime errichten. Neue Diktaturen wie in Weißrußland oder in Serbien könnten düstere Vorboten einer solchen Entwicklung sein.

Sonntagsreden reichen deshalb wirklich nicht. Politik, Gesellschaft und Wirtschaft in Westeuropa müssen diesen Prozeß der europäischen Einigung forcieren, ihn zu einem Erfolg machen. Jeder, aber wirklich jeder, der in Verantwortung steht, muß sich fragen: Was kann ich dazu beitragen, was kann ich leisten? Der ehemalige Bundespräsident Roman Herzog mahnt uns Deutsche:

„An den Westeuropäer ist es heute, die Entscheidung der Mittel- und Osteuropäer für Europa anzunehmen. Europa wird unvollendet bleiben, solange Budapest, Prag und Warschau nicht dazugehören. Das ist kein bloßer romantischer Traum. Es ist auch ein Imperativ des Realismus“.<sup>2</sup>

War es ein Zufall, daß die Ungarn im Herbst 1989 den Deutschen das Tor in die Freiheit und damit zur staatlichen Einheit öffneten? Ganz sicher nicht. Damals, als sich die Chance bot, aus der Sklaverei der Sowjetunion auszubrechen, hat sich Ungarn zu seiner wahren Heimat bekannt, entgegen allen völkerrechtlichen Verpflichtungen, die es Moskau gegenüber hatte. Der damalige Premierminister Gyula Horn erinnert sich:

„Wir mußten uns entscheiden, und wir Ungarn haben uns für Europa entschieden.“<sup>3</sup>

2 Bulletin der Bundesregierung, Bonn 1997, S. 230.

3 Ebenda, S. 229.

Auch die Regierungen in Prag und Warschau haben sich in diesen Schicksalsstunden unserer Geschichte wie selbstverständlich „für Europa“ entschieden. Obwohl sowjetische Panzer auf ihrem Staatsgebiet standen, die Gehorsam verlangten, ließen sie die Eisenbahnzüge mit ängstlichen DDR-Deutschen aus den Botschaften nach Westdeutschland passieren. Deutlicher als irgendwo sonst zeigten sich in diesen mutigen Entscheidungen im Herbst 1989 die tiefen historischen Gemeinsamkeiten zwischen uns Europäern in Ost und West. Panzer und Atomraketen mit dem roten Stern des Sowjetkommunismus haben auch über vierzig Jahre hinweg nicht tilgen können, was über Jahrhunderte gewachsen ist.

Wer sich nur etwas für diese Geschichte Europas interessiert, kann über das Bekenntnis der Mitteleuropäer zur Zugehörigkeit zum europäischen Haus nicht wirklich erstaunt sein. Viel erstaunlicher, ja erschütternder ist es dagegen, wie schnell es dem Kommunismus und der „normativen Kraft des Faktischen“ (Egon Bahr) gelungen ist, in einer ganzen Generation Westeuropäern das Wissen und das Gefühl für unsere europäischen Gemeinsamkeiten zu tilgen.

Die Europäische Union gilt heute zu Recht als Friedensgemeinschaft, als Freiheitsgemeinschaft, als eine Gemeinschaft der Demokratie, auch - aber eben nicht zuerst - als Wirtschaftsgemeinschaft und natürlich als eine Sicherheitsgemeinschaft. Aber alle diese Gemeinschaften beruhen auf einer Gemeinsamkeit, auf dem Fundament eines gemeinsamen, unteilbaren geistig-kulturellen Erbes. In die (West-) Europäische Union können deshalb ausdrücklich nur Staaten eintreten, die demokratische Rechtsstaaten sind. Und diese Tradition ist untrennbar mit den christlich-abendländischen Werten verbunden, vor allem mit der unbedingten Achtung der Würde des Einzelnen als einer Persönlichkeit, die von Gott, unserem Schöpfer, ihre Menschenrechte empfangen hat.

König Stephan von Ungarn hat genau dieses Erbe im Auge gehabt, als er sein Ungarn vor tausend Jahren als „Teil und Beschützer des Westens“ bezeichnete. Weil Geschichte heute an deutschen Schulen viel zu leicht abgewählt werden kann, wissen auch nur noch wenige, daß es ein mutiger polnischer König und Heerführer, Jan Sobiecki, war, der die türkischen In-

vasoren 1683 vor Wien bezwang und damit Europa vor der Fremdherrschaft bewahrte. Einer Fremdherrschaft, welche zweifellos jene römischen Rechtstraditionen und christlichen Moralbegriffe hier ausgelöscht hätte.

Aber wir brauchen nicht tausend Jahre zurückzugehen zu Stephan von Ungarn, auch nicht drei Jahrhunderte bis zur Entsetzung Wiens. Und wir brauchen auch nicht nur in philosophischen Sphären zu schweben, um die Grundlagen Europas wiederzufinden, obwohl uns etwas mehr Besinnung auf unsere geistigen und geistlichen Wurzeln sicher sehr gut täte. Auch der Blick in die europäische Wirtschaftsgeschichte müßte uns moderne Vertreter von Politik und Wirtschaft schnell bescheiden und demütig werden lassen. Wir, die wir stolz von den Errungenschaften des Europäischen Binnenmarkts und vom EURO-Land reden, wissen wir eigentlich, daß wir rekonstruieren, was schon vor 600 Jahren Selbstverständlichkeit in Europa war, und zwar in einem geographisch viel größeren Europa?

Das Gebiet der Hanse erstreckte sich damals von Flandern im Westen über Frankfurt am Main, Lüneburg und Hamburg bis zum russischen Novgorod im Osten, von Bergen in Norwegen über Oslo bis nach Danzig und Königsberg. Auch und gerade die alte Handelsstadt Dortmund hatte im 13. und 14. Jahrhundert als Mitglied der Hanse weite Ausstrahlung.

Ich erwähne Dortmund aus einem ganz naheliegenden Grund, weil mein Haus, der VEW-Konzern, dort seinen Sitz hat. Damals war Dortmund als Fernhandelsplatz ein bedeutendes Wirtschaftszentrum in Europa. Namen Dortmunder Kaufleute sind urkundlich zu finden beispielsweise im Londoner Stahlhof; in Danzig und Thorn gab es die nach dem Dortmunder Stadtpatron, dem Heiligen Reinoldus, benannten Reinoldibänke.

Heute zu Beginn des 21. Jahrhunderts, sind Gasproduzenten stolz, wenn sie Gas aus Sibirien nach Westeuropa transportieren. Aber was ist das für eine Leistung im Vergleich etwa zu den Kaufleuten in der Hansestadt Rostock, die Ende des 16. Jahrhunderts mit 90 Schiffen ihr Bier nicht nur an das schwedische Königshaus im Norden, sondern bis hin nach Brabant im Westen und St. Petersburg transportierten?

Die Bauwerke der stolzen Rathäuser in Lübeck, Münster, Braunschweig und Lüneburg erinnern uns an diese Blütezeit des Freihandels in Mitteleu-

ropa. Noch heute bewundern wir die Kunst der Bronzegießer der Hansezeit, die den Braunschweiger Löwen schufen, die Hildesheimer Domflügel und die Bronzetüren der Sophienkirche zu Novgorod. Und vergessen wir nicht das Malwerk des Konrad von Soest und die Kunst des Bernt Notke, die von Lübeck bis Stockholm zu bewundern sind, und eben auch in der Dortmunder Marienkirche. Oder den Gürzenich in Köln, den Artushof in Danzig, die Große Gilde in Riga und das Haus der Schiffergesellschaft in Lübeck: Das sind Zeugen einer Zeit, in der Europa florierte und funktionierte. Damals gab es einen einheitlichen Rechtsraum, in dem alle auf einer Grundlage arbeiteten, nämlich dem in deutschen Landen kodierten Stadtrecht. Grenzen waren damals gänzlich überflüssig. Welch weiten Weg hat Europa noch zu gehen, bis wir dorthin zurückgekehrt sind, was auf unserem Kontinent vor einem halben Jahrtausend bereits an Freizügigkeit, Wohlstand, kultureller Blüte und Gemeinsamkeiten erreicht war!

In den Kontoren der Hanse wurden nicht nur die Architektur und die schönen Künste als „Kunst am Bau“ gefördert, sondern auch Übersetzungen wichtiger regionaler Prosa und Chroniken. Sie schufen Verständnis untereinander und stifteten Gemeinschaftsgefühl in der hansischen Kultur des 14. bis 16. Jahrhunderts. Die Folgen sind heute überall noch sichtbar: Ein Drittel des modernen schwedischen Vokabulars ist hansischer Herkunft. Und auch im Polnischen sind viele Vokabeln der Handwerker und der Stadtverwaltung erkennbar deutscher Herkunft. Denn deutsch war damals die Sprache der Mitte Europas, die Sprache der Vermittler. Sie half, das Christentum, die Kenntnis des Altertums, die katholische Theologie, später dann die Gedanken der Reformation von West nach Ost zu tragen, andererseits die Kultur des Ostens dem Westen zu erschließen, zu vermitteln. Doch damals, zur Zeit der Hanse, als Europa in der Großregion des „Mare Balticum“ funktionierte, sprach niemand von „deutsch“ oder „schwedisch“ oder „polnisch“, wie wir es heute tun.



Der Doyen der Polonistik in Deutschland, Professor Karl Dedecius, erinnert uns:

„Die Region artikulierte sich damals durchaus ostseeisch-baltisch-international und so sprach man im 14. bis 16. Jahrhundert laut, deutlich und mit Recht von einer hansischen Kultur.“<sup>4</sup>

Und diese hansische Kultur war, damit ich nicht mißverstanden werde, keinesfalls „deutsch“. Im Gegenteil: Die älteste Chronik der deutschen Hansestadt Lübeck aus dem Jahr 1168 trägt wie selbstverständlich den Titel „Chronika Slavorum“. Vielleicht stimmt dieser Hinweis auf unsere „slawische“ Vergangenheit manche „Wessis“, die herablassend von den östlichen Beitritts-„Kandidaten“ sprechen, nachdenklich. Professor Dedecius mahnt aus der Perspektive dieser übernationalen hansischen Tradition:

„Die Konvertibilität der materiellen und geistigen Güter unserer Kultur ist eine Sache von Angebot und Nachfrage - und, freilich, eine Frage der Freiheit und eine des Friedens. Wir tauschen Teile unseres Besitzes aus, die wir entbehren können oder wollen, gegen Teile auswärtiger Herkunft, die wir gebrauchen wollen oder können. Ich unterstreiche zweimal das 'können oder wollen', weil es Verständnisvoraussetzungen sind, die wir nicht aus dem Auge verlieren dürfen.“<sup>5</sup>

Tatsächlich: „können oder wollen“, das ist heute die Anfrage an uns in Westeuropa. Daß wir die Mitteleuropäer in die EU als „Club der Reichen“ aufnehmen können, steht außer Frage. Aber wollen wir auch? Wollen wir die sogenannten „armen“ Nachbarn Polen, Ungarn, Slowakei, Slowenien, Estland, um nur einige zu nennen, wirklich dabei haben? Natürlich kann man darauf verweisen, daß diese Nationen viel zu rückständig seien, viel zu agrarisch geprägt, um eine Chance in der EU zu haben. Man kann allerdings auch an seinen Vorurteilen zugrunde gehen, weil sie den Blick auf die Wirklichkeit verstellen. Schlimmer noch: Vorurteile machen den visionären Blick nach vorne unmöglich, ohne den gestaltende Politik nicht

4 Karl Dedecius, "Wege zur Freiheit", Vortrag zur Eröffnung des 15. Internationalen Hansetages in Soest am 9.6.1995, Festschrift, Soest 1995, S. 7.

5 Ebenda.

machbar ist. Deshalb sind solche der Vergangenheit verhaftete Klischees so gefährlich, und deshalb müssen wir sie mit der Wirklichkeit konfrontieren.

Zu den Wahrheiten gehört, daß sich der deutsche Export in die neuen NATO-Länder Ungarn, Polen und Tschechische Republik zwischen 1989 und 1995 mehr als verdreifacht hat. Zu den Wahrheiten gehört ebenfalls, daß diese drei Länder nach dem Scheitern der asiatischen Wirtschaft die neuen „Tiger-Staaten“ sind. Und zu den Wahrheiten gehört schließlich auch, daß unser Handel mit Mittel- und Osteuropa schneller ansteigt als der mit allen anderen Wirtschaftsregionen der Welt. Hier also liegt ein Potential, noch dazu direkt vor unserer Haustüre, auf das wir in unserer derzeitigen Lage gar nicht verzichten dürfen.

Gerade in Polen, Ungarn und Tschechien haben wir Nachbarn, die eine ausgesprochen starke industrielle Basis und Tradition besitzen - eine sehr ausbaufähige Basis, wie das Beispiel der Škoda-Automobilwerke mit weltweit anerkannten, hochmodernen Qualitätsprodukten zeigt. Je eher die Erblasten des Kommunismus und seiner Mängelwirtschaft überwunden sind, um so schneller werden diese Länder wieder in ihre angestammte Rolle als Industrienationen schlüpfen können. Denn, und das kann ich aus unseren eigenen wirtschaftlichen Aktivitäten in diesen Staaten bestätigen, niemand kann bezweifeln, daß es hier engagierte und auch nach unseren Maßstäben gut ausgebildete Arbeitnehmer gibt.

Die Analyse ist eindeutig: Ohne Kapitalzufluß aus dem Westen und ohne unser Know-how gibt es für die Bevölkerung der mitteleuropäischen Staaten keine Chance, in überschaubarer Zeit der kommunistischen Armutsfalle zu entkommen. 45 Jahre Planwirtschaft, ein irrationales Autarkiestreben und das völlige Fehlen von Effizienz- und Umweltzielen haben gerade in der Energiewirtschaft Mitteleuropas größte Erblasten hinterlassen. Allein in der Gaswirtschaft der drei Länder Polen, Ungarn und Tschechien liegt der Investitionsbedarf nach unseren Schätzungen bei mindestens 40 Milliarden Mark.

Wenn Unternehmen in Mitteleuropa investieren, dann mag das mit einem höheren Risiko verbunden sein als beispielsweise in Westfalen, unserer Kernregion, von der wir aus unsere gesamtdeutschen und europäischen

Aktivitäten erfolgreich auf- und ausgebaut haben. Aber zeigt uns nicht der Blick auf Südostasien, daß es risikolose Engagements nicht gibt? In Mitteleuropa können wir jedenfalls darauf vertrauen, daß die Menschen unser europäisches Signal verstehen - psychologisch, politisch und auch von den ökonomischen Konditionen her. VEW hat jedenfalls bisher beste Erfahrungen gemacht: Kaum ein Bieterverfahren etwa war transparenter und fairer als das um die Anteile an der Budapester Gaswerke AG. Dort konnten wir uns gegen viele Wettbewerber durchsetzen, weil unsere Kompetenz als kommunal verwurzelter Konzern anerkannt wurde. Und trotz einer harten Anlaufphase können wir heute sagen: Alle unsere mittlerweile drei ungarischen Engagements, mit denen wir zur Hälfte der ungarischen Gasversorgung beitragen, schneiden besser ab als der westdeutsche Durchschnitt.

Unübersehbar ist, daß unser Konzern sich derzeit bevorzugt mit Projekten in Mitteleuropa auseinandersetzt - neben Ungarn vor allem in Polen und in der Tschechischen Republik auf den Gebieten Versorgung, Entsorgung und Infrastrukturdienstleistungen. Das erfordert enormen Einsatz, um die dortigen Know-how-Defizite abzudecken, aber dieser Herausforderung stellen wir uns gerne, noch dazu, weil wir gute Erfahrungen mit unseren mitteleuropäischen Kooperationspartnern gemacht haben. Und diese Erfahrung gilt nicht nur in Budapest, Pecs oder Debrecen, in Brasov, der zweitgrößten Stadt Rumäniens, im nordböhmischen Decin, in Breslau, Kattowitz, Lodz oder Stettin.

Es ist sehr zu begrüßen, daß die deutsche Energiewirtschaft sich in einem zunehmenden Maße in Mittel- und Osteuropa engagiert. Neben VEW sind Konzerne wie Ruhrgas, RWE, PreussenElektra, Bayernwerk und EnBW insbesondere in den drei wiederholt genannten Ländern Ungarn, Tschechische Republik und Polen, zum Beispiel aber auch in Rußland, Lettland oder Bulgarien mit Beteiligungen und Kooperationen vertreten. Sie leisten damit einen langfristig wirksamen Beitrag zur Umstrukturierung und Modernisierung der dortigen nationalen Wirtschaften, um sie sukzessive auf ein im internationalen Vergleich wettbewerbsfähiges Niveau zu bringen.

Die deutschen Versorgungsunternehmen verfügen für diese schwierige Aufgabe über einen klaren Kompetenzvorteil, den sie sich beim Umbau der

Strom- und Gaswirtschaft in den neuen Bundesländern erarbeitet haben. Das dort erworbene Wissen können wir jetzt zielgerichtet in Mittel- und Osteuropa einsetzen. Insofern war für uns die Wiederherstellung der deutschen Einheit ein mehrfacher Gewinn. Wir sind dadurch in die Lage versetzt worden, den historischen Vorgang der Wiedervereinigung von West- und Mitteleuropa aktiv mit zu gestalten. Die Kooperationen auf dem Gebiet der Wirtschaft sind ein sehr probates Mittel, das Zusammenwachsen von Europa zu befördern.

Natürlich sind Unternehmen wie VEW keine karitative Stiftung - wir müssen und wir wollen mit unseren Aktivitäten und Investitionen langfristig eine gute Rendite erarbeiten. Aber unsere Investitionen und unser Engagement durch Know-how-Transfer zeigt den Menschen dort, daß wir ihren mühevollen Reformkurs anerkennen und unterstützen.

Daß die Wirtschaft dazu in der Lage ist, den Menschen eine Perspektive zu geben, dafür ist auch der Firmenpool Kosovo ein aktueller und sehr handlungsfähiger Beweis. Dieser Firmenpool, der auf eine gemeinsame Idee von IHK und VEW zurückgeht, ist eine großartige Gemeinschaftsleistung der Wirtschaft im Raum Dortmund, der sich viele Firmen aus ganz Nordrhein-Westfalen und weit darüber hinaus angeschlossen haben. Aufgrund der bundesweiten Medienberichterstattung hatten in der ersten Phase fast 500 Firmen ihr potentiell Interesse angemeldet, inzwischen sind 160 Unternehmen feste und das heißt auch zahlende Mitglieder. Mit unserem koordinierten Vorgehen verfolgen wir zwei Zielsetzungen:

erstens, schnelle und wirkungsvolle Hilfe für die vom Kriegsleiden gezeichneten Völker im Kosovo und in den angrenzenden Ländern zu organisieren, und

zweitens - das halte ich ebenso für legitim - , wollen wir sicherstellen, daß die deutsche Wirtschaft in einem angemessenen Umfang in das Wiederaufbauprogramm eingeschaltet wird.

Auch wollen wir eine Wiederholung des Beispiels Kroatien verhindern, wo der Krieg Schäden im Wert von 30 Milliarden Dollar verursacht hat, der Staat aber in den letzten Jahren das Geld vorrangig für Rüstung ausgab, nicht aber für Straßen, kommunale Infrastruktur oder Wohnungsbau - das

sind aber genau die Bereiche, in denen wir aktiv werden wollen, um dieser Region Zukunftsaussichten für ein wirtschaftlich und demokratisch gesichertes Leben zu eröffnen.

Der Balkan ist existentiell auf die europäische Solidarität angewiesen. Ohne unsere Hilfe wird es auch langfristig keinen Frieden in dieser schwer gebeutelten Region geben. Für sie gilt das gleiche Grundprinzip wie in allen anderen Teilen unserer Welt: Wohlstand befördert das friedliche Zusammenleben. Und Wohlstand baut sich bekanntlich auf gesellschaftliche Organisation, auf Bildung und auf eine zukunftsfähige Infrastruktur auf. In allen drei Bereichen wollen und werden wir Hilfe zur Selbsthilfe geben. Wir wissen, daß die Osterweiterung der Europäischen Union vielfach kritisch gesehen wird, wobei „Osterweiterung“ weder ein besonders schöner noch ein exakter Begriff ist, wenn man bedenkt, daß Prag und Laibach (Ljubljana) westlich von Wien liegen; und Preßburg (Bratislava), Budapest, Warschau sowie selbst Sofia westlich von Athen.

Zweifler sehen in der Osterweiterung eine Art Selbstvernichtungsstrategie für die EU in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung. Ihnen müssen wir deutlicher und nachdrücklicher antworten. Vielleicht sollten wir den Zweiflern auch in Erinnerung rufen, daß es selbst beim Beitritt Spaniens in die EG Übergangsfristen von bis zu zwölf Jahren gab, um der Landwirtschaft eine Anpassungschance zu geben.

Das alles sind gute Argumente für eine Aufnahme der Mitteleuropäer in die EU, und es überrascht nicht weiter, von einem Konzernchef solche ökonomischen Gründe für eine EU-Osterweiterung zu hören. Und doch ist mir überhaupt nicht wohl dabei. Denn wir hätten nichts, aber auch gar nichts aus unserer zweitausendjährigen Europäischen Geschichte gelernt, wenn wir heute nur vordergründig und am wirtschaftlichen Eigennutz orientiert Zukunft gestalteten.

Wir müssen in aller Hektik des Tagesgeschäftes auf das Wesentliche schauen, auf den Grund der Dinge. Wir müssen, sei es als Manager oder als Politiker, als Künstler oder als Kirchenmann, begreifen, daß sich Europa erst dann Europa nennen darf, wenn es wirklich komplett ist. Und dazu müssen wir die Mitteleuropäer von Reval an der Ostsee bis Konstanz am

Schwarzen Meer mit offenen Armen aufnehmen und zugleich auch die osteuropäischen Ländern in unsere langfristige Konzeption für Europa einbeziehen. Und zwar selbst dann, wenn es für uns keine unmittelbaren wirtschaftlichen Vorteile hätte. Die europäische Geschichte zwingt dazu, so wie auch niemand ernsthaft fragen konnte, ob wir die Wiedervereinigung wollen. Wir wollen dieses gemeinsame Europa ja nicht nur aus ökonomischen Gründen. Zuallererst geht es doch um das friedliche Zusammenleben der Menschen, und es geht um den Fortbestand europäischen Lebens und Denkens, europäischer Lebensform in dieser Welt, in einem Wort: um den Fortbestand europäischer Kultur. Europa ist der geistige Raum, der unser Überleben sichert. Gestalten wir es mit! Lassen wir nicht zu, daß in ihm Unfrieden, Armut, Unterdrückung oder Zerstörung von Umwelt geschieht!

Die Europäer in der Mitte unseres Kontinents haben im Gegenteil zu uns im reichen Westen in den 45 entbehrungsreichen Jahren unter kommunistischer Diktatur viel deutlicher gespürt, was europäische Ideale sind, und wie sehr sie nach ihnen verlangen. Wer die Freiheit entbehren mußte, weiß sie zu schätzen. Und wer gegen seinen Willen von Europa und seinem Geistesleben ausgeschlossen war, weiß genauer, um dessen Bedeutung. Daß der Gedichtszyklus „Heimkehr nach Europa“ des polnischen Dichterstärften Jaroslaw Iwaszkiewicz zum Programm der polnischen Intellektuellen in der Zeit der Trennung durch die sowjetischen Panzer war, war gewiß kein Zufall. Überall in Mitteleuropa ist diese Sehnsucht, „zurück nach Europa“ kommen zu können, greifbar. Natürlich - und dies können und dürfen wir nicht kritisieren - sehnen sich die Menschen auch nach einem gerechteren Auskommen, nach Wohlstand. Natürlich sorgen sich demokratische Regierungen zunehmend, wie sie ihren Wählern die Härten der Anpassungsmaßnahmen ohne eine greifbare Beitrittsperspektive erklären sollen. Natürlich haben die Menschen dort Sorgen, wenn sie weiter nach Osten, in die krisengeschüttelte Region Weißrußland/Rußland schauen, von der niemand weiß, wie sie sich politisch entwickeln wird. Aber vor allem, und das müssen wir im Westen begreifen, geht es den Menschen darum, nach der furchtbaren Leere des Kommunismus endlich ihre Identität wiederzufinden. Und diese Identität können Europäer nur in Europa finden. Gott sei Dank, möchte ich hinzufügen. Denn was passiert, wenn Nationalismen die

Oberhand gewinnen, erleben wir seit Jahren in schrecklichen Zuspitzungen auf dem Balkan. Von Bronislaw Geremek, dem Philosophen und Außenminister Polens, stammt folgender Stoßseufzer während der Beitrittszeremonie Polens, Ungarns und der Tschechischen Republik zur NATO im März 1998:

„Polen kehrt endgültig dorthin zurück, wohin es immer schon gehörte - zur freien Welt. Polen ist nicht mehr allein gelassen in der Verteidigung seiner Freiheit. Wir sind in der NATO - für Eure Freiheit und unsere.“<sup>6</sup>

„Unser“ Europa durch Integration der Mitteleuropäer zu komplettieren, das wird uns allen nutzen, dazu braucht man nicht Adam Smiths „unsichtbare Hand“ zu bemühen. Ein Markt, der so schnell wächst wie der mitteleuropäische, eine Mentalität, die uns so nah und verwandt ist, und so viele Berührungspunkte in Geschichte und Kultur - da kann es eigentlich nur darum gehen, derzeit noch verborgene Schätze zu heben. Und wir sind uns doch sicher alle einig, daß engste Zusammenarbeit in Europa nicht nur in der Wirtschaft notwendig ist: Keines der drängenden Probleme unserer Zeit wie Umwelt, Sicherheit und Gesundheitspolitik kann noch allein auf nationaler Ebene gelöst werden.

Deshalb dürfen wir unsere Blicke auch nicht nur auf Mitteleuropa beschränken: Die Osteuropäer, die Ukrainer, Weißrussen und Russen, gehören ebenfalls zu „Europa“ - auch wenn wir uns derzeit nicht vorstellen können, daß diese drei Staaten bald der EU beitreten könnten. Aber klar ist doch: Wir haben eine Verantwortung auch für diese Nachbarvölker, und umgekehrt könnte es auch für uns EU-Europäer zum Fluch werden, wenn - etwa in Rußland - nach der wirtschaftlichen auch die politische Stabilität in Gefahr geriete. Wenn wir jedoch dazu beitragen können, daß die unzähligen gut ausgebildeten russischen Ingenieure wieder eine berufliche Perspektive in ihrer Heimat erkennen, dann wird das - wirtschaftlich wie politisch - zugleich auch uns in der EU zum Segen gereichen.

6 Bronislaw Geremek: Address at the ceremony of deposition of Protocols of Accession, Independence, MO, 12.März 1999, <http://www.nato.int/docu/Speech/1999/s990312d.htm>.

Natürlich müssen wir uns noch viele Gedanken machen, wie wir dieses ehrgeizige Ziel erreichen wollen. Daß wir noch keinen endgültigen „Masterplan“ haben, spricht nicht gegen, sondern für unser Projekt Europa: Es soll ja kein ideologisch fest definiertes Monument werden, sondern organisch wachsen und allen Mitgliedern subsidiär Gestaltungsräume lassen. Mehr als bisher müssen wir uns auch überlegen, wie wir unserer Jugend Europa mit seiner verbindenden Kultur und Geschichte näherbringen, es erlebbarer machen können. Vielleicht sollten wir nicht nur, wie bisher, die Pflege von Kriegsgräbern fördern, sondern Jugendliche aller europäischen Nationen im Rahmen eines europäischen Friedens-Corps vom Verfall bedrohte kulturelle Schätze sichern und restaurieren lassen.

Europa zusammenzuführen und dabei auch diese ideellen Schätze zu heben - auch und ganz besonders als Wirtschaft müssen wir uns bewußt dieser historischen Verantwortung stellen, unseren Teil am Gelingen der europäischen Einheit beizutragen. Was es vor allem dazu braucht, ist das Bewußtsein, wie sehr wir in Ost und West fast zwei Jahrtausende lang eine Einheit waren, bevor die unselige Teilung Europas nach 1945 uns für ein halbes Jahrhundert getrennt hat. Heute sind Mauer, Todesautomaten und Stacheldraht längst verschwunden - aber leider hat die Mauer in vielen Köpfen überlebt. Hand aufs Herz: Wer kommt auf die Idee, seinen Urlaub an den Masurischen Seen, in der Hohen Tatra oder am Plattensee zu verbringen? Nein, viele unserer Mitbürger können eher die Kneipen am Strand von Mallorca aufzählen als die Namen der Hauptstädte östlich der heutigen EU-Grenzen.

Europa muß auf allen Ebenen zusammenwachsen. Der Wirtschaft kommt bei diesem Prozeß eine hervorragende Rolle zu, weil sie Länder und Menschen zusammenführt - zum jeweils gegenseitigen Nutzen. Sicher: Sich wirtschaftlich zu betätigen, ist ein Kampf um Marktanteile, ein Ringen um Umsatz, Wachstum und Renditen, aber darüber hinaus hat Wirtschaft eine hochpolitische Funktion. Sie ist ein die Völker verbindendes Element, dessen Bedeutung in der Öffentlichkeit leider noch viel zu oft unterschätzt wird.



Bei allem Streit um Details, der uns auf dem Wege zur Erreichung der europäischen Einheit sicher begleiten wird, sollten wir uns stets an Schlegels Aphorismus erinnern: „Das echte Neue kommt aus dem Alten.“ Das echte Neue, das in Vielfalt geeinte Europa aller Europäer, können wir nur im Bewußtsein unserer reichen historischen Gemeinsamkeiten aufbauen, die Europa in der Vergangenheit bereits zur Blüte gebracht haben. So können wir ein wirkliches Pan-Europa erbauen, zu dem alle europäischen Völker dazugehören, das Streit überwindet und das gemeinsam unsere Zukunft gestaltet. Denn es wird höchste Zeit, daß unser Kontinent vom militärischen Aufmarschgebiet zum kreativen und friedfertigen Ideenpool wird, von dem alle profitieren und in dem alle in Frieden und Gerechtigkeit leben können.

---

ISSN 1435-3288

ISBN 3-933307-70-8

---



**Zentrum für Europäische Integrationsforschung**  
**Center for European Integration Studies**  
*Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn*

Walter-Flex-Straße 3  
D-53113 Bonn  
Germany

Tel.: +49-228-73-1880  
Fax: +49-228-73-1788  
<http://www.zei.de>